

Protokoll der 15. Sitzung des 45. Studierendenparlaments am 03. November 2003

Ort: Sch 8
Beginn: 18:25 Uhr

Anwesenheit:

DIL: Ali Bas (ab 18:35 Uhr, 1 von 1 Mitglied anwesend)
Juso-HSG: Jan Thomas Oskierski (bis 19:05 Uhr), Jana Sierk, Maike Rocker, Ruth Schages (4 von 6 Mitgliedern anwesend. Daniel Thürauf und Maren Lurweg sind entschuldigt)
LSI: Dirk Kramer (bis 19:45 – 1 von 5 Mitgliedern anwesend. David Juncke und Dominik Fanatico haben sich entschuldigt)
öds: – (0 von 1 Mitglied anwesend)
RCDS: Benjamin Lausch (bis 19:45 Uhr), Michael Henke, Henning Schulze (bis 20:12 – 4 von 5 Mitgliedern anwesend; Michael Schramm hat sich entschuldigt)
uFaFo: Baldo Sahlmüller, Florian Daiber, Gregor Schulte, Guido Bröckling, Lena Engelhardt, Torsten Hübsch (ab 19:35 – 6 von 6 Mitgliedern anwesend)
Uni-GAL: Caterina Metje, Dagmar Diener, Jan Rosenow, Rudolf Mewes (bis 18:41 – 4 von 5 Mitgliedern anwesend)
US: Magnus Becker, Rasoul Seyed Rafi (bis 20:12 – 2 von 2 Mitgliedern anwesend)

TOP 1: Begrüßung

SP-Präsident Baldo Sahlmüller begrüßt die Anwesenden. Er weist auf Anträge hin, die schriftlich als Tischvorlage eingereicht wurden, ferner weist Baldo auf Rücktritte im RCDS und die Auflösung der Liste öds hin. Schließlich bittet Baldo das Protokoll, fürderhin zu vermerken, ob sich SP-Mitglieder entschuldigt haben.

TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit ist mit 19 von 31 Mitgliedern gegeben.

TOP 3: Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mehrfach und nach lebhaften Diskussionen über die Frage, ob Beschlüsse über einige Ordnungen vertagt werden sollen, wie folgt geändert und einstimmig bei vier Enthaltungen mit 15 Ja-Stimmen beschlossen:

1. Begrüßung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Protokolle
5. Berichte aus dem SP
6. Berichte aus dem AStA
7. Berichte aus den Ausschüssen
8. Sonstige Berichte
9. Bestätigung von AStA-ReferentInnen
10. Nachwahlen zu den Ausschüssen
11. Sonstige Anträge
12. Verschiedenes

Jens M. Deckwart (Vorsitzender des Finanzordnungsausschusses) kritisiert vehement, dass alle Tagesordnungspunkte, die die Finanzordnung (FO) oder Unterordnungen der FO betreffen, von der Tagesordnung genommen worden sind, und fordert eine Erklärung. Sascha Vogt (AStA-Vorsitzender) begründet dies damit, dass der AStA-Vorsitzende und der AStA-Finanzreferent zwar stets komplett über die Arbeit des FOA informiert waren, es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber noch nicht geschafft hätten, die FO komplett durchzuarbeiten und Änderungsanträge zu formulieren. Caterina Metje (Uni-GAL) betont, dass der AStA-Vorsitzende im Gegensatz zum Finanzreferenten durchaus frühzeitig und ausführlich schriftlich Stellung zu vielen Passagen der FO bezogen habe.

Rudi Mewes (Uni-GAL, stellvertretendes Mitglied im FOA) sagt dazu, das Bessere sei der Feind des Guten, und warnt davor, so kurz vor Schluss die FO vorzeitig übers Knie zu brechen. Kurt Stiegler (AStA-Behindertenreferent, stv. Vorsitzender des Vergabeausschusses) bestätigt, der FOA habe gute Arbeit geleistet. Die Studierendenschaft sei so nah wie nie an einer guten FO. Auch Kurt bittet daher um Vertagung.

TOP 4: Protokolle

Das Protokoll der 14. SP-Sitzung liegt Baldo vor und wird auf der nächsten SP-Sitzung beschlossen.

TOP 5: Berichte aus dem SP

Baldo warnt vor virenverseuchten Mails in englischer Sprache, die über den SP-Verteiler verschickt wurden.

TOP 6: Berichte aus dem AStA

Sascha Vogt (AStA-Vorsitzender) berichtet, dass Unklarheit darüber herrscht, ob Eltern pro Kind oder maximal vier Bonussemester angerechnet bekommen; hier gibt es Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten. Die Fachschaftenkonferenz will gegen die Nichtanerkennung der Arbeit der Fachschaften vorgehen, geplant ist unter anderem eine Aktionswoche mit Vollversammlung.

Im Senat wurde die Besprechung des Universitätsentwicklungsplanes aufgrund mangelnder Diskussion in den Fachbereichsräten erneut vertagt. Am 17. Dezember soll die Bachelor-Rahmenprüfungsordnung beschlossen werden.

Der AStA hat in einer Pressemitteilung Stellung zum Thema „Rentenkürzungen“ bezogen.

In Kassel fand die Mitgliederversammlung des freien Zusammenschlusses von studentInnenschaften statt, hier wurde ein Arbeitsprogramm beschlossen, in dem Themen wie Studienreform, Studentenwerke und Mobilität behandelt werden. Es wurde ein neuer Vorstand gewählt; weil Sascha Mitglied in diesem Vorstand ist, ist Münster jetzt nicht mehr Mitglied des Ausschusses von StudentInnenschaften (AS).

TOP 7: Berichte aus den Ausschüssen

Berichte aus den Ausschüssen liegen nicht vor.

TOP 8: Sonstige Berichte

Sonstige Berichte liegen ebenfalls nicht vor.

TOP 9: Bestätigung von AStA-ReferentInnen

Sascha Vogt (AStA-Vorsitzender) ernennt Markus Koepe zum neuen autonomen Schwulenreferenten. Er ist 25 Jahre alt und studiert im elften Semester Biologie und katholische Theologie auf Lehramt (Sekundarstufe 1 und 2). Magnus Becker (US) fragt ihn, wie er dem Vorschlag gegenübersteht, das Schwulenreferat mit dem Lesbenreferat zusammenzulegen. Markus sieht das kritisch und verweist auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen, die auch Susanne Andrae (Lesbenreferentin) in einem Artikel des AStA-Magazins „Links vorm Schloss“ dargelegt hat, er sagt, Schwule und Lesben brauchten jeweils ihren eigenen geschützten Raum. Sein Arbeitsprogramm gliedert sich in drei Teile: Orientierung (für jüngere Schwule, es geht um die Outing-Phase und um Informationen über Gruppen), Information (was ist aktuell im kulturellen und politischen Geschehen?) und Aufklärung. Markus wird mit drei Nein-Stimmen, einer Enthaltung und 15 Ja-Stimmen gewählt.

TOP 10: Nachwahlen zu den Ausschüssen

Nachwahlen zu den Ausschüssen sind nicht notwendig.

TOP 11: Sonstige Anträge

Zunächst wird der Antrag von Magnus Becker diskutiert, der darauf abzielt, das Drucken in den CIP-Pools der Universität nach der Print&Pay-Methode künftig kostenlos zu gestalten, um den Geldbeutel der Studierenden zu entlasten, die ohnehin durch Studiengebühren schon betroffen seien. Benjamin Lausch (RCDS) möchte beliebiges Drucken unterbinden und den Antrag auf zwei Cent pro Kopie reduzieren, Magnus bleibt bei kostenlosem Drucken, sofern es sich um studienbezogene Dokumente handelt. Sascha (AStA-Vorsitzender) und Jan (Uni-GAL) bewerten den Antrag als positiv, erklären aber, hier müssten anschließend entsprechende Gespräche mit der Verwaltung geführt werden. Der Antrag wird bei einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen mit zwölf Ja-Stimmen angenommen.

Anschließend wird ein zweiter Antrag von Magnus Becker (US) diskutiert, der an die Verantwortlichen der Universität appelliert, Verbesserungen wie Verkleinerung von Semi-

naren, Vergrößerung von Bibliotheken und CIP-Pools und Verlängerung von Öffnungszeiten vorzunehmen. Auch hier bezeichnet Sascha die Forderungen als begrüßenswert, die entsprechenden Entscheidungen würden aber auf anderer Ebene getroffen, und hier würde leider jedes Jahr weniger Geld zur Verfügung gestellt werden. Florian Daiber (uFaFo) beantragt Nichtbefassung, da der Antrag nur appellativen Charakter habe und der Antragsgegenstand nicht Sache der Studierendenschaft sei, auf diesen Antrag entfallen sieben Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen, damit ist der Antrag von Florian angenommen.

Drittens wird ein Antrag von Sascha Vogt gestellt, den Titel 6310 vorübergehend wieder zu öffnen, da eine Initiative iranischer Studierender Förderung beantragt hat; die ASV unterstützt dies grundsätzlich, kann aber nicht an ihre eigenen Mittel, da diese noch eingefroren sind. Rasoul Seyed Rafi (US) fragt, ob es häufiger solche Anträge gegeben habe, Sascha verneint dies. Der Antrag wird mit 14:0:4 (J/N/E) angenommen.

Abschließend wird ein Antrag des RCDS diskutiert, in dem es darum geht, Zuschüsse für ausländische Studierende in Darlehen umzuwandeln. Diesen stellt der Antragsteller mündlich vor, obwohl er ihn bereits schriftlich begründet hat. Er betont in der mündlichen Begründung vor allem mehrfach, dass er nicht verstehe, weshalb ausländische Studierende eine vorteilhaftere Behandlung erfahren als deutsche. Dies widerspreche seiner Ansicht nach dem Gleichheitsgrundsatz, der in der Verfassung festgeschrieben sei. Er möchte den Antrag noch erweitern: Der AStA soll eine entsprechende Neuregelung in die Finanzordnung aufnehmen.

Sascha Vogt (AStA-Vorsitzender) erklärt, als er diesen Antrag zuerst mit seiner schriftlich vorgelegten Begründung gelesen habe, habe er nicht gewusst, ob er lachen oder weinen solle, die mündliche Begründung habe ihm wesentlich besser gefallen, da sie nicht polemisch gewesen sei. Allerdings habe der Antrag, wenn ihm denn zugestimmt würde, keinerlei Relevanz, da die entsprechenden Haushaltstitel bereits beschlossen worden seien. Es handele sich nur um eine Meinungsbekundung.

Caterina Metje (Uni-GAL) weist darauf hin, dass der Gleichbehandlungsgrundsatz beinhalte, Leute mit ungleichen Ausgangsbedingungen ungleich zu behandeln. Und ausländische Studierende unterlägen nun einmal ungleichen Bedingungen, so dürften sie zum Beispiel nur an 90 Tagen im Jahr arbeiten. Ali Bas (DIL) und Jan Rosenow (Uni-GAL) schließen sich dem an.

Leyla Askari (Gast) macht Henning darauf aufmerksam, dass zum Beispiel die Hilfgelder für ausländische Studierende, die die ESG zur Verfügung stellt, ab 2004 um 60 Prozent gekürzt würden. Auch müssten die ausländischen Studierenden vielfach Deutschland direkt nach dem Studium verlassen und hätten dann nicht mehr die Gelegenheit zur Rückzahlung.

Henning sagt, die sozialen Voraussetzungen seien in Deutschland für alle Studierenden gleich. Die Beschränkung der Arbeitszeit auf 90 Tage sei schließlich gesetzlich festgeschrieben. Er sehe nicht ein, wieso man Gesetze durch Geldgeschenke unterwandern solle.

Dirk Kramer (LSI) macht darauf aufmerksam, dass man auch von Schwellenländern aus Geld überweisen könne. Leyla antwortet daraufhin, die Lebensbedingungen im Ausland seien aber andere, was die Rückzahlung unmöglich mache.

Guido Bröckling (uFaFo) bittet, sich einmal zu überlegen, wer diese Zuschüsse bekomme und warum. Er fragt, ob die RCDS-VertreterInnen in den entsprechenden Ausschüssen anwesend waren. Dann wüssten sie nämlich, dass es dort keine Geldgeschenke gebe. Guido hofft, der RCDS stehe nicht hinter diesem Schreiben, das im Stil zu weit gehe. Guido hofft, die Anschuldigung, der AStA verstoße gegen das Grundgesetz, habe rechtliche Folgen. Falls Henning wirklich der Ansicht gewesen sei, die Studierendenschaft verstoße gegen das Grundgesetz, dann wäre es seine Pflicht als Jurist gewesen, schon viel früher einzuschreiten.

Kurt Stiegler (stv. Vorsitzender des Vergabeausschusses) sagt, unter rechtlichen Bedingungen sei es bedenklich, jemandem ein Darlehen zu gewähren, wenn man von vornherein schon wisse, dass jener es nicht zurückzahlen könne. Daher müssten die Zuschüsse erhalten bleiben. Es sei ein richtiges politisches Signal, 68.000 Euro in den entsprechenden Haushaltstitel einzustellen. Es werde überall gekürzt, niemand kümmere sich um die Leute, die vom AStA diese Zuschüsse erhalten könnten. Der Antrag von Henning treffe eine politisch komplett falsche Aussage. Jan Rosenow fragt den RCDS, warum er diesen sprachlichen Stil wähle, wenn er ernsthaft Änderungswünsche habe. Wenn man mit Polemik komme, müsse man sich nicht über polemische Reaktionen wundern. Michael Henke (RCDS) antwortet darauf, er sehe „diesen Wisch heute auch zum ersten Mal“. Er sei sich sicher, dass

man heute von allen Ländern der Welt aus Geld nach Deutschland überweisen könne. Er schließe aber nicht aus, dass es Zuschüsse geben müsse.

Rasoul Seyed Rafi (US) widerspricht dem: Aus dem Iran sei es zum Beispiel nicht möglich, bargeldlosen Zahlungsverkehr nach Deutschland vorzunehmen; er bedauert die „nicht ausländerfreundliche Mentalität“, die aus diesem Antrag spreche. Er wundert sich, wie man über so etwas überhaupt nachdenken könne. Ausländer hätten es ohnehin schon schwer genug in ihrem Studium in Deutschland, allein durch die fremde Sprache.

Jana Sierk (Juso- HSG) verweist darauf, dass das Preisniveau in den Entwicklungsländern, in die die Studierenden unmittelbar nach Beendigung ihres Studiums zurückkehren müssen, ein ganz anderes sei, was die Rückzahlung unmöglich mache. Sie fragt Henning: „Findest Du nicht, dass *das* eine Ungerechtigkeit ist?“ Darauf erwidert Henning, die Absolventen eines Hochschulstudiums in Deutschland hätten ja auch hier eine höhere Qualifikation erworben und würden deshalb in ihren Heimatländern mehr Geld verdienen. Er wehrt sich dagegen, dass die Antragsteller nach den Schubladen Ausland – Inland sortiert würden, und plädiert für eine individuellere Entscheidungsfindung.

Magnus Becker (US) meint daraufhin, man müsse eventuell auch deutschen Studierenden in einer wirtschaftlichen Notlage einen Zuschuss gewähren, allerdings dürfe man nicht Deutsche und Ausländer gegeneinander ausspielen. Er distanzieren sich von dem Antrag.

Sascha erklärt, er finde Zuschüsse sinnvoll, da nur Deutsche BAföG-berechtigt seien. Wünschenswert wäre es, wenn alle Studierenden gleich gefördert würden, aber man müsse sich an den Realitäten orientieren. Für die, die einen Zuschuss bekämen, sei die Rückzahlung unmöglich – sie kämen zu 100 Prozent aus Ländern außerhalb der EU. Andere seien gar nicht antragsberechtigt. Und selbst diejenigen, die antragsberechtigt seien, müssten einen genauen Kriterienkatalog durchlaufen und dem VA ihre wirtschaftliche Notlage nachweisen.

Selbstverständlich sei es auch möglich, mehr Darlehen als Anträge zu vergeben und die Rückzahlung strikter zu verfolgen. Hierdurch würde sich aber der Verwaltungsaufwand mindestens verdoppeln, was auch sehr kostspielig sei.

Guido fordert Henning auf, den Antrag so zu ändern, dass genauer daraus hervorgeht, welche Konsequenzen der Antrag haben soll. Henning wehrt sich vehement gegen den Vorwurf der AusländerInnenfeindlichkeit. Jan verweist auf den Vergabeausschuss, in dem auch Leute vom RCDS seien. Die müssten wissen, dass der VA nicht identisch mit dem AStA sei.

Maike Rocker (Juso- HSG) erklärt, ihr sei kein Zuschussfall bekannt. Henning solle ihr einen konkreten Fall nennen, wo Ausländer zu Unrecht bezuschusst worden seien. Sie berichtet von einem konkreten Fall, in dem eine Kommilitonin 550 Euro monatlich von einer Stiftung erhalte. Dies sei fünfmal mehr, als beide Eltern dieser Kommilitonin zusammengerechnet im Monat verdienen. Dabei seien beide Eltern Akademiker. Wie solle also auch ein Akademiker aus dem Ausland heraus das Geld zurückzahlen? Für Maike ist damit der Zuschuss auch die Möglichkeit, zu einer gerechteren Welt beizutragen.

Dagmar Diener (Uni- GAL) weist darauf hin, dass die Ausländerinnen und Ausländer sich für das Darlehen qualifizierten: Sie bekämen das Geld nicht automatisch, sondern müssten erst in die Sozialberatung, erst dann kämen sie überhaupt in den Vergabeausschuss. Kurt erinnert an den Begriff der positiven Diskriminierung, die soziale Ungleichheiten abfedern solle. Jemand, der das Geld zurückzahlen könne, bekäme überhaupt keinen Zuschuss.

Torsten Hübsch (uFaFo) kritisiert, dass Henning auf der „antinken Welle“ mitschwimme. Eigentum verpflichte, und Deutschland sei schließlich Exportweltmeister. Er bezeichnet den Antrag als unverschämte Polemik.

Jana fügt hinzu, das Schreiben strotze von Ignoranz gegenüber der Situation von Nicht- EU-AusländerInnen.

Caterina Metje (Uni- GAL) fordert Henning auf, wenn er der Ansicht sei, dass Zuschüsse zu pauschal vergeben würden, doch einen entsprechenden Kriterienkatalog zu erarbeiten und als Änderungsantrag an die Finanzordnung zu richten, schließlich sei er ja Mitglied des entsprechenden Ausschusses.

Gregor Schulte (uFaFo) findet es bemerkenswert, dass es nach Ansicht von Henning keine sozialen Unterschiede zu geben scheine. Gregor erklärt, er traue dem VA zu, nach eigenem Ermessen die Entscheidung zu treffen, wer einen Zuschuss bekomme und wer ein Darlehen. Im übrigen, so sagt er in Anspielung auf Hennings schriftliche Begründung, sei der AStA keine Bank und daher nicht auf Profite aus.

Henning erklärt, er gebe gerne jedem ein Darlehen, der sich in einer schwierigen sozialen Lage befinde, er sei allerdings gegen die Ungleichbehandlung deutscher und ausländischer Studierender, und schließlich sähen sich ja deutsche und ausländische Studierende in Deutschland mit den gleichen Lebenshaltungskosten konfrontiert. Sprachlich könne er seinen Antrag gerne ändern, aber in der Sache bleibe er dabei.

Magnus meint, der AStA sei bei aller Kritik nicht als grundgesetzfeindlich zu bezeichnen.

Der Antrag wird mit 1:15:0 (J/N/E) abgelehnt.

TOP 12: Verschiedenes

Jan Rosenow (Uni-GAL) appelliert an den politischen Stil des RCDS, doch bitte in Zukunft Diskussionen etwas sachlicher zu führen. Seitenhiebe wie die Bemerkung, linke Listen würden sich nur mit Themen wie Castor und Castro beschäftigen, bzw. die irriige Annahme, der AStA würde Darlehen vergeben, zeugten von Scheuklappendenken und Unwissenheit und schürten nur Feindbilder von der „bösen Linken“. Man müsse bei weitem nicht immer einer politischen Meinung sein, könne aber doch einmal sachliche Kritik ohne Polemik äußern. Magnus Becker (US) erwidert, diesen Vorwurf könnten sich alle Listen anziehen. Er erklärt, er hoffe auf einen fairen Wahlkampf.

Baldo kündigt an, die nächste SP-Sitzung finde in 14 Tagen statt. Er mahnt ein faireres Redeverhalten an.

Florian Daiber (uFaFo) bittet darum, Anträge frühzeitig dem SP-Präsidium zuzumailen, damit sie auf den Listenplena besprochen werden können.

Die Sitzung endet um 20:15 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Caterina Metje, Protokollantin